



EISENACH

die WARTBURGSTADT



Stadtverwaltung · Postfach 1462 · 99804 Eisenach

Herr Patrick Wieschke
Vorsitzender der NPD-Stadtratsfraktion

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datei, unsere Nachricht vom

Datum
25.06.2012

Beantwortung der Anfrage AF-0307/2012

Sehr geehrter Herr Wieschke,

ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Der Veröffentlichung in der Tagespresse (TLZ vom 04.04.2012) zur Glasfaser-Offerte der Telekom lag kein Angebot zu Grunde, da es kein Angebot gab und gibt. Es handelte sich hierbei lediglich um die unverbindliche Vorstellung (Voranfrage) eines Vorstandsprojektes der Telekom mit dem die Umsetzungsmöglichkeiten im Bundesgebiet (in mehreren Städten) ermittelt werden sollen. Inhalt der Voranfrage war u. a. die Verlegung von Glasfaserkabel in ausgewählten Gebieten Eisenachs.

Zu 1.:

Gegenwärtig gibt es keine Aktivitäten hinsichtlich des weiteren Ausbaus des Breitbandnetzes im Stadtgebiet Eisenach.

Anmerkung: Der Ausbau des Breitbandnetzes ist keine kommunale Pflichtaufgabe, sondern eine freiwillige Leistung. Die Finanzierung der Schaffung erforderlicher Kompetenzen für diese einmalige Aufgabe ist im Rahmen der freiwilligen Leistungen nicht möglich.

Zu 2.:

U. a. waren folgende Bedingungen für einen Netzausbau Voraussetzung:

- Zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit für das betroffene Unternehmen sollten vor Beginn die Ausbaugenehmigungen zum Anschluss von 80% der Immobilieneigentümer im Ausbaubereich vorliegen.
- Des Weiteren bestand das Erfordernis das 10% der späteren Kunden einen Vorvertrag abgeschlossen haben müssen.

Hierzu sollte die Stadtverwaltung umfassende Unterstützung gewährleisten. Diese gewünschte Unterstützung der Stadtverwaltung ist jedoch einem Eingriff in den Wettbewerb gleichzusetzen, da die für die Stadtverwaltung zwingende Verpflichtung zur Gleichbehandlung die Unterstützung, diese allen anderen Unternehmen (Mitbewerbern) ebenfalls hätte zuteil werden müssen. Weitere Hilfeleistungen wie die erforderliche organisatorische Vor- und Nachbereitung (Straßenverkehrsbehörde, Tiefbauamt, ..) würden die Verwaltung zusätzlich in erheblichem Maße in Anspruch nehmen. Insbesondere

angesichts der angespannten finanziellen und personellen Situation ist dies durch Stadtverwaltung nicht leistbar.

Zu 3:

Siehe hierzu Ausführungen zu Punkt 2.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ute Lieske
Bürgermeisterin
i. V. des Oberbürgermeisters